

Stellungnahme des Deutschen Gewerkschaftsbundes zum Maßnahmenpaket „Europe on the Move“ der EU-Kommission im Transportsektor

Die Arbeitsbedingungen im europäischen Straßenverkehr verbessern

Kurz & Knapp

30.08.2017

- Der DGB fordert die Kommission auf, die soziale Dimension Europas zu stärken und mit der Straßeninitiative die unhaltbaren Zustände im Straßenverkehr – Lohndumping, Vergütung nach Kilometern, monatelange Ruhe- und Wartezeiten im LKW – zu beenden, statt weiterhin auf die Liberalisierung des Transportsektors auf Kosten der Beschäftigten zu setzen.
- Die Öffnung der Entsenderrichtlinie für sektorspezifische Ausnahmen im grenzüberschreitenden Verkehr ist auf keinen Fall akzeptabel. Die Schutzbestimmungen der Richtlinie müssen für alle entsandten Beschäftigten gelten. Kein Sektor und keine Berufsgruppe dürfen ausgenommen werden. Die Anwendung des Mindestlohns im grenzüberschreitenden Güterverkehr ist europarechtlich konform.
- Eine verbindliche und einheitliche Entlohnungsgrundlage, die bei jeder Fahrtoperation unterschiedslos denselben Lohn auf Basis der geltenden Regelungen und unter Beachtung des Günstigkeitsprinzips des Zielstaates berechnet, würde einfacher und transparenter wirken und das Missbrauchsrisiko minimieren.
- Der DGB fordert die Kontrolle und Durchsetzung der bestehenden Regeln, statt sie der falschen Praxis anzupassen (Kabotage, Ruhezeiten) bzw. ihre Anwendung um drei Tage zu verzögern (Entsendung).
- Die Obergrenze für Kabotagefahrten muss erhalten bleiben. Der DGB lehnt zudem die Zulassung unbegrenzter Kabotage in benachbarte Mitgliedsstaaten ab.
- Der DGB lehnt die Flexibilisierung der Lenk- und Ruhezeiten nach Unternehmensinteressen ab. Das Verbringen der regulären wöchentlichen Ruhezeit zuhause muss Standard sein.
- Der DGB fordert für alle Fahrten mit internationaler Beteiligung, egal ob Kabotage, kombinierter oder grenzüberschreitender Verkehr, gleiche Regeln. Alle Regelungen des Mobilitätspakets müssen auch für Kleinbusse und leichte LKWs bis 3,5 t gelten.
- Briefkastenfirmen müssen entschlossener bekämpft werden. Der DGB unterstützt deshalb ein europaweites Risikoeinstufungssystem für auffällige Unternehmen. Die Zulassungsanforderungen müssen verschärft werden.
- Der DGB fordert, dass neue LKWs auf dem Stand der Technik ausgerüstet sein müssen und der Smart Tachograph 2020 in allen Fahrzeugen im internationalen Transport eingebaut sein muss. Unternehmen, denen Regelverstöße nachgewiesen werden, müssen zum sofortigen Einbau digitaler Tachographen verpflichtet werden.

Deutscher Gewerkschaftsbund
Bundesvorstand

Martin Stuber
Referatsleiter Infrastruktur- und
Mobilitätspolitik

Robert Spiller
Referatsleiter EU Arbeitsmarkt- und
Sozialpolitik

- Das Personal für die Kontrolldienste muss analog zur Zunahme der Fahrten mit internationaler Beteiligung aufgestockt werden.
- Der DGB fordert die Gründung einer Europäischen Agentur für Straßentransport zur Stärkung der Rechte der Beschäftigten.

- Der DGB beurteilt das Vorhaben eines einheitlichen europäischen elektronischen Mautdienstes (EETS) aus Verbraucher- und Datenschutzgründen kritisch.
- Der DGB fordert mehr Investitionen in eine grenzüberschreitend vernetzte Mobilitätsinfrastruktur, wozu die Infrastruktur für alternative Kraftstoffe, die digitale Infrastruktur und das physische Verkehrsnetz gehören. Ein Schwerpunkt muss der Ausbau der Übergänge zwischen den Verkehrsträgern sein, um alle Chancen für die Verlagerung von Verkehren auf Schienenwege und Wasserstraßen zu ergreifen.
- Für DGB ist das Verursacherprinzip ein wichtiger Hebel zur emissionsarmen Mobilität. Die Umstellung auf eine vollständige Nutzerfinanzierung durch eine Pkw-Maut wird aber als sozial ungerecht und verkehrspolitisch nicht zielführend abgelehnt. Gleiches gilt für eine Staugebühr, die private Nutzer benachteiligt.
- Der DGB hält die Überwachung der CO₂-Emissionen von LKWs, Bussen und Reisebussen für einen notwendigen Schritt zu mehr Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Hersteller, verbesserter Energieeffizienz und CO₂-Einsparungen, fordert aber eine regelmäßige Beschäftigungsbilanz.